

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	V
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XXXIII
<i>Literaturverzeichnis</i>	XXXVIII

1. Kapitel Einführung

I. Geltungsbereich des RVG	1
1. Inkrafttreten und bisherige Änderungen des RVG	1
2. Geltungsbereich, § 1 RVG	3
3. Nichtgeltungsbereich des RVG	4
4. Tätigkeit des Rechtsanwalts als Mediator	4
5. Hilfeleistung in Steuersachen nach § 35 RVG	5
6. Schiedsrichterliche Verfahren und Verfahren vor dem Schiedsgericht, § 36 RVG	5
II. Höhe der Vergütung, § 2 RVG	6
1. Grundsätzliches	6
2. Das Vergütungsverzeichnis als Kernstück des RVG	6
III. Aufbau des RVG	6
1. Allgemeines	6
2. Gesetzesteil	6
3. Vergütungsverzeichnis	7
4. Vorbemerkungen	7
5. Vergütungsverzeichnisnummern	8
6. Anmerkungen	8
IV. Bezeichnung der Gebühren und Zitierweise	10
V. Übergangsvorschriften	12
1. Allgemeines	12
2. Unbedingter Auftrag	12
3. Gerichtliche Bestellung oder Beiordnung	14
4. Einlegung eines Rechtsmittels	15
5. Mehrere Gegenstände	16
6. Vergütungsvereinbarung	16
7. Selbstständiges Beweisverfahren	16
8. Pflichtverteidigerbestellung	17
9. Mahnverfahren	17
10. Untervollmacht	18
11. Mehrere Auftraggeber	18

12. Zurückverweisung	18
13. Pflichtverteidigung und Rechtsmittel	18
14. Urkundenprozess	18
15. Familiensachen	18
16. § 15a RVG	18

2. Kapitel

Wertermittlung

I. Gründe, sich intensiv mit dem Gegenstandswert zu beschäftigen	19
1. Auswirkungen auf die Höhe der Gebühren	19
2. Überprüfung der Wertfestsetzung	19
3. Überprüfung des gegnerischen Kostenfestsetzungsantrags oder der gegnerischen Abrechnung	19
4. Korrekte Berechnung eines Prozesskostenrisikos	20
5. Kalkulation einer Honorarvereinbarung	20
II. Gebührenstreitwert oder Zulässigkeitswert?	20
III. Hinweispflicht zur Abrechnung nach dem Gegenstandswert	21
1. Gesetzliche Grundlage	21
2. Umfang der Hinweispflicht	22
3. Folgen eines versäumten Hinweises	22
IV. Einführung in die Wertberechnung	24
1. Wertvorschriften als Grundlage der Rechtsanwaltsgebühren	24
2. Wichtige Wertvorschriften	24
a) RVG	24
b) Arbeitsgerichtsgesetz/GKG	26
c) Gerichtskostengesetz	26
d) Gerichtskostengesetz für Familiensachen	28
e) Zivilprozessordnung	30
f) Kostenordnung	31
V. Die richtige Wertberechnung ist die halbe Vergütung!	32
1. Berechnung des Anwaltsgebührenwertes	32
2. Systematik der Wertberechnung	33
a) Gerichtliche Tätigkeit oder Tätigkeit, die gerichtlich sein könnte	33
b) Beschwerdeverfahren	33
c) Nicht vermögensrechtliche Gegenstände/Schätzung nach billigem Ermessen	33
d) Beispielfälle gerichtliche Verfahren	34
3. Außergerichtliches Verfahren	42
a) Gegenstand kann gerichtliches Verfahren bilden	42
b) Gegenstand kann kein gerichtliches Verfahren bilden bzw. es fehlen Wertvorschriften	42
c) Grenzfall Kündigung – anschließender Rechtsstreit	43
d) Grenzfall arbeitsrechtlicher Aufhebungsvertrag	44

4. Häufige außergerichtliche Tätigkeiten und deren richtige Wertermittlung	44
a) Entwurf eines Miet-/Pachtvertrages	44
b) Entwurf eines Dienst-/Arbeitsvertrages	46
c) Ehevertrag	48
d) Nachlassangelegenheiten	50
e) Entwurf von Muster-/Formularverträgen	55
f) Allgemeine Geschäfts-, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen	56
g) Entwurf eines Gesellschaftsvertrages	57
5. Wertberechnung in der Zwangsvollstreckung	58
a) Grundsätzliches	58
b) Wert einer Geldforderung	58
c) Pfändung eines Gegenstandes	59
d) Pfändung künftig fälliger Arbeitseinkommen	60
e) Vollstreckung von Handlungen	60
f) Eidesstattliche Versicherung	60
g) Vollstreckungsschutzverfahren	61
6. Gegenstandswert in der Zwangsversteigerung	61
a) Vertretung des Gläubigers oder eines anderen nach § 9 Nr. 1, 2 ZVG Beteiligten	61
b) Vertretung eines anderen Beteiligten, insbesondere des Schuldners (§ 26 Nr. 2 RVG)	62
c) Vertretung eines nicht beteiligten Bieters (§ 26 Nr. 3 RVG)	63
7. Bestimmungen des Gegenstandswertes – Übersicht	63
8. Wertberechnung im arbeitsgerichtlichen Verfahren	65
9. Wertberechnung in Familiensachen	65
10. Wertberechnung in Unfallsachen	65
11. Streitwertbeschwerden	65

3. Kapitel

Allgemeine und gemeinsame Vorschriften für Gebühren und Auslagen

I. Vertreter des Rechtsanwalts	71
II. Mehrere Rechtsanwälte § 6 RVG	71
1. Mehrere Rechtsanwälte mit verschiedenen Tätigkeiten	71
2. Mehrere Rechtsanwälte, die nacheinander die gleiche Tätigkeit ausüben	71
3. Mehrere Rechtsanwälte in einer Sozietät	71
4. Mehrere Rechtsanwälte werden in der gleichen Angelegenheit gleichzeitig tätig	71
III. Mehrere Auftraggeber	72
1. Allgemeines	72
2. Gesetzliche Grundlage	72
3. Anwendung des § 7 RVG	73
4. Voraussetzungen	74
a) Auftragsgebermehrheit	74
b) Dieselbe Angelegenheit	75
c) Derselbe Gegenstand	75
d) Gleichzeitige Tätigkeit	75

5. Anwendungsbeispiele	75
6. Berechnung der Erhöhung	76
a) Erhöhung bei Wertgebühren	76
b) Erhöhung bei Festgebühren	78
c) Erhöhung bei Betragsrahmengebühren	78
7. Erhöhung der Geschäfts- oder Verfahrensgebühr	79
a) Geschäfts- und/oder Verfahrensgebühr	79
b) Neben- und Privatkläger	81
c) Erhöhung mehrmals?	82
d) Erhöhung weiterer Gebühren?	82
8. Unterschiedliche Beteiligung am Gegenstand(swert)	83
9. Erhöhung von Betragsrahmengebühren	84
10. Darstellung der Erhöhung	85
11. Anrechnung einer erhöhten Geschäftsgebühr	85
a) Anrechnung der erhöhten Geschäftsgebühr beschränkt auf 0,75	86
b) Erhöhung bleibt anrechnungsfrei	87
c) Jeweils gesonderte Anrechnung von Erhöhung und Betriebsgebühr	87
12. Zur Frage der Erhöhung bei einer BGB-Gesellschaft	87
a) BGH-Urteil	87
b) Aktivprozess	90
c) Passivprozess	92
d) Vollstreckungsrechtliche Konsequenzen	92
13. Erhöhung und WEG	93
a) Entscheidungen des BGH zur Teilrechtsfähigkeit der WEG	93
b) Reform des WEG	94
14. Erhöhung bei Räumungsklage	96
15. Erhöhung bei PKH mit hohen Werten und unterschiedlichen Gegenständen	97
16. Erhöhung einer Mindestgebühr	97
17. Keine Erhöhung bei Verschaffung von Bruchteilseigentum	97
18. Doppelfunktion des Mandanten – keine Erhöhung	97
IV. Rahmengebühren, § 14 RVG	98
1. Allgemeines – Bedeutung vielfach unerkannt!	98
a) Bemessung der Gebühr durch den Rechtsanwalt	98
b) Verhältnis zu Rechtsschutz- und Haftpflichtversicherungen	99
c) Kammergutachten	100
d) Sachgerechte Begründung	101
e) Nachträgliche Anhebung einer Rahmengebühr/Nachliquidation	102
2. Umkehr der Beweislast	103
3. Bemessungskriterien	103
a) Einzelfallprüfung	103
b) Bedeutung der Angelegenheit für den Auftraggeber	104
c) Umfang der anwaltlichen Tätigkeit	106
d) Schwierigkeit der anwaltlichen Tätigkeit	107
e) Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Auftraggebers	108
f) Haftungsrisiko	109
4. Die Abwägung/Mittelgebühr	109
5. Besonderheiten in Strafsachen	112

6. Besonderheiten in Bußgeldverfahren wegen Verkehrsordnungswidrigkeiten ...	113
7. Toleranzgrenze	113
8. Besonderheit zur Geschäftsgebühr nach Nr. 2300 VV RVG	115
V. Abgeltungsbereich der Gebühren, § 15 RVG	117
1. Allgemeines	117
2. Pauschgebühren	117
3. Einmaligkeitsgrundsatz, § 15 Abs. 2 RVG	119
4. Kürzung/Abgleichung nach § 15 Abs. 3 RVG	119
5. Vorzeitige Erledigung oder Auftragsende vor Erledigung der Angelegenheit, § 15 Abs. 4 RVG	121
6. Regelungen in § 15 Abs. 5 RVG	121
7. Mehrere Einzeltätigkeiten	122
VI. Fälligkeit und Hemmung der Verjährung	122
1. Allgemeines	122
2. Fälligkeitstatbestände im Einzelnen	123
a) Auftrags erledigung	123
b) Beendigung der Angelegenheit	123
c) Erlass einer Kostenentscheidung	123
d) Beendigung des Rechtszuges	123
e) Ruhen des Verfahrens länger als 3 Monate	123
3. Hemmung der Verjährung	124
VII. Vorschuss, § 9 RVG	124
1. Vorschuss zur Sicherung der Vergütungsansprüche!	124
a) Allgemeines	124
b) Vorschuss für den PKH-Anwalt	124
c) Kein Vorschuss bei Beratungshilfe	125
d) Vorschuss für den Pflichtverteidiger	125
e) Vorschuss gegenüber Rechtsschutzversicherer	125
2. Sondervorschuss nach § 1360a Abs. 4 BGB	127
3. Vorsicht bei Vertretung von Minderjährigen	128
4. Anwaltliches Weigerungsrecht	129
5. Vergütungsgespräche schaffen Akzeptanz!	130
6. Merkblatt über die Vergütung	130
a) Allgemeine Hinweise	130
b) Arbeitsgerichtssachen	131
c) Beratungsmandate	131
d) Prozesskostenhilfe	132
7. Hinweis auf gesetzliche „Vorschusspflicht“ erleichtert Vorschussanforderung	132
8. Mustertext – Vorschussanforderung	133
VIII. Voraussetzungen und Inhalt der Vergütungsrechnung, § 10 RVG	133
1. Erteilung einer Rechnung	133
2. Verjährung	135
3. Inhalt	136
a) Vergütungsberechnung	136
b) Eigenhändige Unterschrift des Rechtsanwalts	138
c) Erfordernisse des § 14 UStG	139

4. Keine Beihilfe zur Steuerhinterziehung!	143
5. Nachweise sichern	143
IX. Vergütungsfestsetzung gegen den eigenen Mandanten	145
1. Allgemeines	145
2. Festsetzung der Auslagen	145
3. Antragsteller	145
4. Zulässigkeit/Ablauf des Antrags	145
5. Einwendungen	146
6. Hemmung der Verjährung	146
7. Festsetzung von Rahmengebühren	147
X. Dieselbe, besondere und verschiedene Angelegenheiten	147
1. Eine oder mehrere Angelegenheiten?	147
2. Angelegenheit und Gegenstand	147
3. Allgemeines	151
4. Dieselbe Angelegenheit, § 16 RVG	151
5. Verschiedene Angelegenheiten, § 17 RVG	152
6. Besondere Angelegenheiten, § 18 RVG	154
7. Der Rechtszug, § 19 RVG	154
XI. Verweisung	156
1. Allgemeines	156
2. Verweisung an ein Gericht der gleichen instanzlichen Ebene	156
3. Verweisung vom Rechtsmittelgericht an ein erstinstanzliches Gericht	157
4. Niedrigeres oder untergeordnetes Gericht?	158
XII. Zurückverweisung, § 21 RVG	158
1. Allgemeines	158
2. Gebühren	159
XIII. Einigungsgebühr	160
1. Allgemeines	160
2. Voraussetzungen für die Entstehung	161
a) Abschluss eines Vertrags	161
b) Beseitigung eines Streits oder Ungewissheit über ein Rechtsverhältnis	162
c) Mitwirkung	163
d) Wirksamer Abschluss eines Vertrags	164
3. Höhe der Einigungsgebühr	164
a) Ansprüche sind nicht rechtshängig	165
b) Beweisverfahren	166
c) Gerichtliches Verfahren	166
d) Verfahren vor dem Gerichtsvollzieher	167
e) Verfahren über Prozesskostenhilfe	170
4. Einigungsgebühr neben Betriebsgebühr	171
5. Einigungswert – es kommt darauf an, worüber man sich einigt	171
a) Einigung über anhängige und nichtanhängige Ansprüche	172
b) Teileinigung	173

6. Einzelfälle	174
a) Einigungsgebühr in Unfallsachen	174
b) Klagerücknahme und Anerkenntnis	177
c) Übereinstimmende Erledigungserklärung	178
d) Forderungsverzicht und Klagerücknahme	178
e) Fortsetzung Arbeitsverhältnis im Kündigungsschutz-Prozess	178
f) Einigungsgebühr bei „zuviel Leistung“?	179
7. Korrekte Kostenregelung in der Einigung beachten	179
8. Mehrere Rechtsanwälte	180
XIV. Ersatz von Auslagen, Teil 7 des Vergütungsverzeichnisses	181
1. Allgemeines	181
2. Entgelte für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen, Nrn. 7001 und 7002 VV RVG	182
a) Allgemeines	182
b) Tatsächliche Kostenermittlung erhöht die Einnahmen	183
c) Besondere Angelegenheit lässt die Pauschale erneut entstehen!	184
d) Verschiedene Angelegenheiten lassen die Auslagenpauschale erneut entstehen!	185
e) Anrechnung von Gebühren	186
f) Auslagenpauschale und Staatskasse	188
g) Auslagenpauschale und Vergütungsvereinbarung	189
h) Versendung der Vergütungsrechnung	189
3. Umsatzsteuer	190
a) Berechtigung zur Abrechnung von Umsatzsteuer	190
b) Höhe der Umsatzsteuer	190
c) Umsätze, auf die Umsatzsteuer erhoben wird	191
d) Umsatzsteuer und Vergütungsvereinbarung	191
e) Tätigkeit in eigener Angelegenheit	192
4. Dokumentenpauschale, Nr. 7000 VV RVG	192
a) Allgemeines	192
b) Die 5 Tatbestände der Nr. 7000 VV RVG	193
c) Höhe der Dokumentenpauschale	199
d) Sonderregelungen bei PKH-Mandaten	200
5. Geschäftsreisen	201
a) Allgemeines	201
b) Fahrtkosten/Reisekosten	201
c) Tage- und Abwesenheitsgeld	203
d) Mehrere Geschäfte	204
e) Reisekosten bei Verlegung der Kanzlei	205
f) Fiktive Reisekosten im Rahmen der Erstattungsfähigkeit ermitteln	205
g) Reisekosten und Rechtsschutzversicherungen	206
XV. Hebegebühr, Nr. 1009 VV RVG	206
1. Allgemeines	206
2. Jeder Auszahlungsvorgang lässt die Hebegebühr neu entstehen	207
3. Gebührenschuldner und Erstattungsfähigkeit	209
4. Hebegebühr zweimal berechnen	210

4. Kapitel

Rat – Auskunft

I. Allgemeines	213
II. Beratung ab 1.7.2006 beim Verbraucher ohne Gebührenvereinbarung	215
III. Anrechnungspflicht der nach § 34 Abs. 2 RVG vereinbarten Vergütung	218
1. Anrechnung einer vereinbarten Vergütung	218
2. Keine Anrechnung nach Beratung in bestimmten Fällen	219
IV. Beratung ab 1.7.2006 beim Unternehmer	219
V. Abgrenzung der Beratung zu weitergehender Tätigkeit	220
VI. Inhaltliche Dokumentation der Rats- und Auskunftserteilung	222
VII. Beraterverträge	222
VIII. Rechtsschutzversicherungen und der 1.7.2006	225

5. Kapitel

Außergerichtliche Tätigkeit

I. Prüfung der Erfolgsaussichten eines Rechtsmittels – Gutachten – Mediation	227
1. Prüfung der Erfolgsaussichten eines Rechtsmittels	227
a) Gebührenanspruch	227
b) Anrechnung	227
c) Anwendungsbereich	229
2. Gebühr für die Erstellung eines Gutachtens	230
3. Mediation	231
4. Hilfe in Steuersachen	231
II. Außergerichtliche Vertretung einschließlich der Vertretung im Verwaltungsverfahren	232
1. Allgemeines	232
2. Der Auftrag ist entscheidend	233
3. Abrechnung des Aufforderungsschreibens	234
4. Dokumentation des Auftrags	235
a) Allgemeine Ausführungen	235
b) Hinweis zur Höhe der Vergütung	235
c) Hinweis bei bestehender Rechtsschutzversicherung	236
d) Hinweis bei Erstattungspflicht Dritter	236
e) Hinweis bei einer die gesetzliche Vergütung übersteigenden Vergütungsvereinbarung	236
f) Hinweis bei drohender Abschlusserklärung	237
g) Hinweis bei PKH	237
h) Hinweis auf den Gegenstandswert	237
i) Hinweis auf fehlende Kostenerstattung in Arbeitsgerichtsprozessen	237

5. Geschäftsgebühr Nr. 2300 VV RVG	237
a) Höhe und Anwendungsbereich	237
b) 1,3 Geschäftsgebühr als sogenannte „Regelgebühr“ oder „Schwellengebühr“	239
c) Zu Umfang und Schwierigkeit bei der Geschäftsgebühr	243
d) Nachliquidation	245
e) Erhöhung für mehrere Auftraggeber	246
f) Keine Termingsgebühr bei außergerichtlicher Vertretung	246
g) Anrechnung der Geschäftsgebühr	247
h) Geschäftsgebühr im Verwaltungs-Nachprüfungsverfahren	258
i) Schreiben einfacher Art	260
j) Vertretung in Güteverfahren	260
k) Geltendmachung der Geschäftsgebühr	261
l) Abrechnung der Einholung der Deckungszusage	275
m) Erstattungsanspruch des Klägers bei Teilobsiegen	276
n) Vergleichsformulierungen zur Geschäftsgebühr	277

6. Kapitel

Zivilsachen, Verfahren der öffentlich-rechtlichen Gerichtsbarkeiten, Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz, auch in Verbindung mit § 92 des Jugendgerichtsgesetzes, und ähnliche Verfahren

I. Allgemeines	281
II. Verfahrensgebühr	282
1. Höchster Wert ist maßgeblich	284
2. Verfahrensverbindung, -trennung	284
3. 1,3 Verfahrensgebühr Nr. 3100 VV RVG	285
III. Vorzeitige Beendigung des Auftrages	287
1. Allgemeines	287
2. Vorzeitige Beendigung Nr. 3101 Nr. 1 VV RVG	288
3. Vorzeitige Beendigung Mahnverfahren, Nr. 3306 VV RVG	290
4. Vorzeitige Beendigung Nr. 3201 Nr. 1 VV RVG – nur fristwährend eingelegte Berufung	291
5. Außergerichtliche Vertretung mit anschließendem Prozessauftrag, der sich vorzeitig erledigt	296
6. Mehrvergleich – Vergleich über nicht rechtshängige Ansprüche	298
a) Höhe der Differenzverfahrensgebühr	298
b) Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG	301
c) Einigung über Ansprüche, welche in anderen Verfahren anhängig sind, löst zusätzlich eine reduzierte Verfahrensgebühr aus	301
d) Einigung über mehrere Ansprüche, rechtshängige, parallel anhängige und nicht rechtshängige	303
7. Reduzierte Verfahrensgebühr in bestimmten FamFG-Verfahren	307
IV. Die Termingsgebühr	309
1. Allgemeines	309
2. Teilnahme an einem Gerichtstermin	311

3. Wahrnehmung eines vom gerichtlich bestellten Sachverständigen anberaumten Termins	313
4. Anhängigkeit ist nicht Voraussetzung für Anfall der Terminsgebühr	315
5. Erledigungsbesprechung im Sinne der Vorbem. 3 Abs. 3, 3. Alt. VV RVG	317
a) Gesetzliche Regelung	317
b) Fernmündliche oder persönliche Besprechungen	317
c) Keine Terminsvereinbarung erforderlich	318
d) Terminsgebühr in derselben Angelegenheit nur einmal!	318
e) Dauer der Besprechungen	318
f) Zielgerichtetheit und Inhalt der Besprechungen	318
g) Zufällige Besprechungen und Anforderungen an die Mitwirkung des Rechtsanwalts	320
h) Eine einzelne Erledigungsbesprechung für eine Vielzahl von Fällen	321
i) Keine Terminsgebühr bei schriftlichem Aushandeln oder „E-Mail-Verhandlungen“	321
j) Besprechung mit dem Richter	322
k) Dokumentation der Terminsgebühr – Beweislast	322
l) Teilnehmer der Besprechung	323
m) Einverständnis des Mandanten für Erledigungsbesprechungen erforderlich?	324
n) Zur Frage der Festsetzbarkeit einer Terminsgebühr für eine Erledigungsbesprechung?	325
o) Besprechungen mit dem Auftraggeber	326
6. Terminsgebühr im schriftlichen Verfahren	327
a) Voraussetzungen	327
b) Verweisung/Ruhen des Verfahrens	327
c) Keine Terminsgebühr bei reinen Kostenentscheidungen im schriftlichen Verfahren	327
d) Bagatellstreitigkeiten bis 600 € – Verfahren nach § 495a ZPO	328
e) Anerkenntnisurteil im schriftlichen Verfahren	329
f) Versäumnisurteil im schriftlichen Verfahren	329
g) Terminsgebühr für Beschlussvergleich nach § 278 Abs. 6 ZPO	329
h) Schriftliches Verfahren in WEG-Sachen	331
i) Anerkenntnis im sozialgerichtlichen Verfahren	332
j) Anmerkung Abs. 1 Nr. 2 zu Nr. 3104 und Anmerkung zu Nr. 3202 VV RVG	332
k) Erscheinen nach Schluss der mündlichen Verhandlung	333
7. Die reduzierte 0,5 Terminsgebühr – Nrn. 3105 und 3203 VV RVG	333
a) Regelung in Nr. 3105 VV RVG	333
b) Versäumnisurteil im schriftlichen Verfahren	336
c) Anträge zur Prozess- oder Sachleitung	337
d) Terminsgebühr bei weiterem Termin nach Einspruch gegen das VU	337
e) 1,2 Terminsgebühr bei 2. VU	338
f) Terminsgebühr bei Anwesenheit beider Parteien oder ihrer Anwälte im Termin	341
g) Termin, in dem nicht „lediglich“ Antrag auf VU gestellt wird	343
h) Versäumnisurteil im Berufungsverfahren	343
i) Teilversäumnisurteil	344
j) Teileinspruch	345

8. Erledigung der Hauptsache	345
a) Beidseitige Erledigungserklärung	345
b) Einseitige Erledigungserklärung	347
c) Anwaltsgebühren bei Erledigung der Hauptsache	347
9. Rücknahme der Klage nach Aufruf	349
10. Terminsgebühr für Verhandlung über nicht rechtshängige Ansprüche	350
a) Verhandlungen über nicht rechtshängige Ansprüche lösen Terminsgebühr aus	350
b) Anrechnungsvorschrift für die Terminsgebühr	352
11. Reine Protokollierung ohne Verhandlung	353
12. Kein nachträglicher Wegfall der Terminsgebühr	354
13. Höchster Wert ist maßgeblich	354
14. Terminsgebühr im Berufungsverfahren	354
15. Terminsgebühr im Mahnverfahren	355
16. Was tun bei begründeter Klage?	358
17. Gebühren bei Verfahrensverbundung	359
V. Arrest und einstweilige Verfügung als besondere Angelegenheit	362
VI. Gebühren im gerichtlichen Mahnverfahren	364
1. Allgemeines	364
2. Gebühren	366
a) Mahnverfahrensgebühr	366
b) Verfahrensgebühr für die Vertretung des Antragstellers im Vollstreckungsbescheidsverfahren	368
c) Terminsgebühr im Mahnverfahren	368
d) Verfahrensgebühr für Vertretung des Antragsgegners	369
e) Keine Anrechnung der Verfahrensgebühr für den Vollstreckungsbescheid	371
f) Verbleibender Gebührenanspruch bei Teilzahlung vor Durchführung des streitigen Verfahrens	373
g) Kostennachteil bei standardmäßigem Antrag auf Durchführung des Streitverfahrens vermeiden	374
3. Mehrere Anwälte – Erstattungsfragen	374
4. Einspruch gegen Vollstreckungsbescheid – gesonderte Verhandlung über die Einstellung der Zwangsvollstreckung löst eine zusätzliche 0,3 Gebühr aus	376
VII. Gebühren des RA, der nicht Prozessbevollmächtigter ist	377
1. Allgemeines	377
2. Verkehrsanwalt	377
a) Allgemeines	377
b) Gebühren	380
c) Übersendung der Handakte mit gutachterlichen Äußerungen	384
d) Erstattungsfähigkeit der Verkehrsanwaltsvergütung in der 1. Instanz	384
e) Erstattungsfähigkeit der Verkehrsanwaltskosten in der 2. Instanz	386
f) Verkehrsanwalt und PKH beim Arbeitsgericht	387
g) Ausländischer Verkehrsanwalt	387
3. Unterbevollmächtigter/Terminsanwalt	388
a) Allgemeines	388
b) Verfahrensgebühr des Unterbevollmächtigten	388
c) Terminsgebühr des Unterbevollmächtigten	389

d) Terminsgebühr für alle Fälle der Vorbem. 3 Abs. 3 VV	390
e) Vorzeitige Beendigung	391
f) Erstattungs-fähigkeit	391
VIII. Erinnerung, Beschwerde	391
1. Allgemeines	391
2. Beschwerdeverfahren	391
a) Rechtsbeschwerdeverfahren nach § 1065 ZPO	391
b) Bestimmte Beschwerden	391
c) Nichtzulassungsbeschwerden	392
d) Rechtsbeschwerde nach § 574 ZPO	394
e) Beschwerdeverfahren vor dem Bundespatentgericht	394
f) Andere Verfahren über die Beschwerde und die Erinnerung	395
IX. Sonstige besondere Verfahren	396
1. Verfahren über die vorläufige Einstellung, Beschränkung oder Aufhebung der Zwangsvollstreckung	397
2. Antrag auf Teilvollstreckbarerklärung	397
3. Gehörsrügeverfahren	397
X. Festsetzung von Kosten	400
1. Kostengrundentscheidung	400
a) Zivilsachen	400
b) Familiensachen und andere Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsb-arkeit	402
c) Strafsachen	405
2. Kostenfestsetzung in Zivilsachen	406
a) Allgemeines	406
b) Inhalt des Kostenfestsetzungsantrags	408
c) Zinssatz im Kostenfestsetzungsverfahren	408
d) Erstattung der Umsatzsteuer	409
3. § 91 ZPO-Grundsatz – Notwendige Kosten der zweckentsprechenden Rechtsverfolgung	410
a) Wortlaut § 91 ZPO	410
b) Allgemeine Ausführungen	411
c) Reisekosten der Partei	412
d) Flug-Reisekosten des Anwalts und Parteireisekosten	414
e) BGH-Rechtsprechung zum Unterbevollmächtigten/Reisekosten des Prozessbevollmächtigten	416
f) Kosten eines vorprozessual beauftragten Privatsachverständigen	422
4. Gebotenheit der Klage gemäß § 93 ZPO	423
5. Kosten bei Klagerücknahme	424
6. Kostenausgleichung	425
7. Kosten im Kostenfestsetzungsverfahren	425
8. Was tun, wenn der Rechtspfleger noch nicht entscheiden will?	426
9. Erinnerung/sofortige Beschwerde	426
10. Vergütungsfestsetzung gegen den eigenen Mandanten	427
a) Allgemeines	427
b) Festsetzung von Gerichtskosten	427

c) Voraussetzungen	428
d) Vom Mandanten vorgebrachte Einwände gegen die Vergütungsfestsetzung ...	429
e) Übersicht zur Vergütungsfestsetzung nach § 11 RVG	431

7. Kapitel

Vergütungsvereinbarungen

I. Notwendigkeit zum Abschluss einer Vergütungsvereinbarung	433
1. Kanzlei = Wirtschaftsbetrieb	433
2. Gesetzliche Vergütung zu niedrig	434
3. Freigabe des Beratungsbereichs	435
4. Gesetzliche Vergütung ist zu hoch	436
II. Vergütungsvereinbarungen ab dem 1.7.2008	436
III. Berufsrecht und Vergütungsvereinbarungen	436
1. Gebührenunterschreitungsverbot	436
2. Regelung zum Erfolgshonorar im Berufsrecht	438
3. Kostenübernahmeverbot	438
4. Lediglich Erhöhung gesetzlicher Gebühren	438
IV. Änderungen im RVG	439
V. Grundsätze jeder Vergütungsvereinbarung	439
1. Gesetzestext des § 3a RVG	439
2. Textform statt Schriftform	439
3. Voraussetzungen an die Textform	441
a) Lesbare Schriftzeichen	441
b) Namensnennung	441
c) Abschluss der Erklärung	441
d) Beweiswert der Textform	442
e) Textform durch E-Mail?	442
f) Textform für alle Vergütungsvereinbarungen	443
4. Bezeichnung der Vergütungsvereinbarung	444
5. Andere Vereinbarungen/Vollmacht	444
6. AGB-Recht in Bezug auf Vergütungsvereinbarungen	446
a) Allgemeine Ausführungen	446
b) Umkehr der Beweislast	447
c) Auftraggeber muss Unrichtigkeit der Abrechnung beweisen	448
d) Hinweis auf den Gegenstandswert	448
e) Anerkenntnis bei fehlendem Widerspruch gegen Abrechnung	448
f) Unangemessene Benachteiligung, § 307 BGB	448
g) Kündigung/vorzeitige Mandatsbeendigung	449
h) Verbot kurzfristiger Preiserhöhung, § 309 Nr. 1 BGB	449
i) Transparenzgebot, § 307 Abs. 1 S. 2 BGB	450
j) Überraschungsverbot, § 305c Abs. 1 BGB	450
k) Beratungsverträge – Dauerschuldverhältnisse	450
7. Hinweispflicht in Vergütungsvereinbarung	451
8. Gebührenvereinbarung nach § 34 RVG	451
9. Vergütungsvereinbarung und PKH	451

VI. Erfolgsunabhängige Vergütung	452
1. § 4 RVG „Erfolsunabhängige Vergütung“	452
2. Gebührenunterschreitung bei außergerichtlicher Tätigkeit	452
3. Gebührenabtretung bei gerichtlichen Mahn- und ZV-Verfahren	453
VII. Erfolgshonorar	453
1. BVerfG – der Anstoß zu Änderungen	453
2. Änderung zum 1.7.2008 durch § 4a RVG „Erfolgshonorar“	455
3. Ausnahme vom Verbot der Erfolgshonorarvereinbarungen	455
4. Begriff der „verständigen Betrachtung“	455
5. Vertragspartner	457
6. Der angemessene Zuschlag	457
7. Hinweispflichten bei Vereinbarung eines Erfolgshonorars	458
8. Erforderliche Angabe von Gründen für den Abschluss des Erfolgshonorars	459
9. Hinweis zur begrenzten Erstattungspflicht	459
VIII. § 4b RVG „Fehlerhafte Vergütungsvereinbarung“	459
1. Gesetzestext – § 4b RVG	459
2. Anmerkungen zu § 4b RVG	459
IX. Muster und Formulare	460
X. Übergangsvorschrift	461
1. Übergangsvorschrift BRAGO/RVG	461
2. Übergangsvorschrift zum Erfolgshonorar	461
XI. Gebührenteilungsabreden	462
XII. Bestimmtheit der Vergütungsvereinbarung	462
XIII. Inhalt einer Vergütungsvereinbarung	463
XIV. Formulierungsvorschläge	464
XV. Checkliste	464
XVI. Zeitpunkt des Abschlusses	465
XVII. Unangemessen hohe bzw. sittenwidrige Vergütung	465
XVIII. Formulierungshilfe	467
XIX. Vergütungsvereinbarungen für Teilbereiche	468
1. Streckengeld	468
2. Abwesenheitsgeld	468
3. Gegenstandswert	469
4. Festlegung des Gebührenrahmens	469
5. Sondervergütung für Besprechungen	470
6. Stellvertretung	470
7. Unterschiedlicher Gegenstandswert	470
8. Familiensachen	470
a) Unterhaltsabfindungsvergleiche	470
b) Scheidungsfolgenvereinbarungen	471
c) Versorgungsausgleich führt nicht zum Gebührensprung	472

9. Schiedsrichtertätigkeit	472
10. Strafsachen	472
11. Beratungsmandate	473
12. Außergerichtliche Vertretung	473
13. Gerichtliches Verfahren	473
a) Wegfall der Beweisgebühr	473
b) Erhöhung der Terminsgebühr im Rechtsmittelverfahren	474
14. Mehrere Auftraggeber	474

8. Kapitel

Anwalt und Rechtsschutzversicherung

I. Abrechnung der Beratung durch Rechtsschutzversicherungen	475
1. Zeitraum seit 1.7.2006	475
2. Kostenlos heißt nicht haftungsfrei	477
3. Aufklärung bei rechtsschutzversichertem Mandanten	478
4. Quotenvorrecht auch in der Rechtsschutzversicherung	478
5. Frist für die Deckungsklage seit 1.1.2008	479
6. Nachliquidation bei Vorbehalt möglich	480
7. Begründung der Gebühr gegenüber der Rechtsschutzversicherung	480
8. Rechtsschutzversicherung und Mehrvergleich	481
9. Außergerichtlicher Vertretungsauftrag oder Prozessauftrag?	482
10. Kostenerstattung durch Rechtsschutzversicherung	485
11. Nur teilweise erteilte Deckungszusage	485
12. Hebegebühr und Rechtsschutzversicherung	486
13. Prüfung der Erfolgsaussichten eines Rechtsmittels	486
14. Freie Anwaltswahl	486
15. Falsche Kostenquote	487
16. Vorschussforderung gegenüber der Rechtsschutzversicherung	487
17. Weigerung der Rechtsschutzversicherung, ausgeurteilte Kosten zu bezahlen	488
18. Beschwerden	488

9. Kapitel

Beratungshilfe

I. Allgemeines	489
II. Gegenstand der Beratungshilfe	489
III. Voraussetzungen	490
1. Mittellosigkeit	490
2. Keine andere Möglichkeit zur Hilfe	491
3. Mutwilligkeit	491
IV. Anwaltpflichten im Rahmen der Beratungshilfe	492
V. Verfahren	493

VI. Vergütungsansprüche für die Beratungshilfe	496
1. Allgemeines	496
2. Eine oder mehrere Angelegenheiten?	497
3. Beratungshilfegebühr	499
4. Gebühr für Rat, Auskunft	499
5. Außergerichtliche Tätigkeit	500
6. Einigungs- und Erledigungsgebühr	500
7. Die außergerichtliche Schuldenbereinigung	501
8. Geplante Änderungen des Beratungshilferechts	501

10. Kapitel

Prozesskostenhilfe

I. Allgemeines	505
II. Voraussetzungen zur Bewilligung von Prozesskostenhilfe	505
III. Einzusetzendes Einkommen und Vermögen	509
IV. Verfahrenskostenhilfe in Familiensachen und FG-Angelegenheiten	510
V. Erstreckung der Prozesskostenhilfe	512
1. Vollständige Befreiung von eigenen Kosten	512
2. PKH mit Ratenzahlung	512
3. Erstreckung der PKH/VKH – Umfang der Beiordnung	512
VI. Vergütung im Prozesskostenhilfebewilligungsverfahren	515
1. Übersicht	515
2. Gebühren	515
3. Rechtsmittel im Verfahren zur Erlangung der PKH	518
4. Keine Wertaddition nach Abs. 2 der Anm. zu Nr. 3335 VV RVG	518
5. PKH für Vergleichsabschluss im Bewilligungsverfahren	518
6. Einigung im selbstständigen Beweisverfahren (bei PKH-Antrag)	519
7. Vorzeitige Beendigung	520
VII. Vergütung des beigeordneten Rechtsanwaltes	520
1. Anspruch nach § 49 RVG	520
2. Ganze oder teilweise Auferlegung der Kosten	523
3. Weitere Vergütung bei Prozesskostenhilfe, § 50 RVG	524
4. Vorschussanforderung auch bei PKH möglich	528
a) Vorschuss gegenüber der Partei	528
b) Vorschuss gegenüber der Staatskasse	529
5. Die Vergütung des beigeordneten Rechtsanwaltes bei Teil-PKH	531
a) Anspruch gegen die Staatskasse	531
b) Anspruch gegen die eigene Partei	531
6. PKH zu den Bedingungen eines am Gerichtsort niedergelassenen RA	532
7. Geschäftsgebühr und PKH	536
8. Gerichtskosten und PKH	536

VIII. Rückforderung und Aufhebung der Prozesskostenhilfe	537
1. Rückforderung bei Vermögensverbesserung	537
2. Aufhebung der Prozesskostenhilfe	538
IX. Umsatzsteuer	540

11. Kapitel Familiensachen

I. Begriffliche Unterscheidung	543
1. Familiensachen	543
2. Folgesachen	545
3. Einstweilige Anordnungen nach dem FamFG	548
4. Anträge und Beschlussscheidungen	549
II. Verfahrenswerte in Familiensachen	550
1. Verfahrenswert	550
2. Mehrere Gegenstände in derselben Angelegenheit	551
3. Zeitpunkt der Wertberechnung	551
4. Geldforderung	551
5. Nebenforderungen	552
6. Stufenklage/Stufenklageantrag	552
7. Klage und Widerklage, Aufrechnung etc.	552
8. Rechtsmittelverfahren	553
9. Auffangwert, § 42 FamGKG	553
10. Ehesachen, § 43 FamGKG	554
11. Abrechnung des Verbundverfahrens, § 44 FamGKG/Kindschaftssachen im Verbund	557
12. Bestimmte Kindschaftssachen, § 45 FamGKG	559
13. Übrige Kindschaftssachen, § 46 FamGKG	560
14. Abstammungssachen, § 47 FamGKG	561
15. Ehewohnungs- und Haushaltssachen, § 48 FamGKG	561
16. Gewaltschutzsachen, § 49 FamGKG	561
17. Versorgungsausgleichssachen, § 50 FamGKG	562
18. Unterhaltssachen, § 51 FamGKG	563
19. Güterrechtssachen, § 52 FamGKG	564
20. Einstweilige Anordnungen	565
III. Rechtsanwaltsgebühren in Familiensachen	565
1. Gebühren in Beratungsangelegenheiten	566
2. Gebühren in außergerichtlichen Verfahren	567
a) Geschäftsgebühr	567
b) Gebühr für die Prüfung der Erfolgsaussichten eines Rechtsmittels	569
3. Gebühren in gerichtlichen Verfahren	569
a) Verfahrensgebühr	569
b) Vorzeitige Beendigung in 1. Instanz	570
c) Terminsgebühr	572
d) Einigungsgebühr/Mehrvergleich	572

e) Aussöhnungsgebühr	574
f) Erhöhung	577
g) Gerichtlich gebilligter Vergleich	577
h) Einstweilige Anordnungen	578
i) Beschwerde in Familiensachen	578
4. Übersicht Abrechnung in Familiensachen	579
5. Mediation	580

12. Kapitel

Gebühren in Straf- und Bußgeldsachen

I. Strafsachen	581
1. Allgemeines	581
2. Gebühren des Wahl- und Pflichtverteidigers	582
a) Geltungsbereich	582
b) Vorverfahren und gerichtliches Verfahren – eine oder zwei Angelegenheiten?	584
c) Allgemeine Gebühren	584
d) Vorbereitendes Verfahren	589
e) Gerichtliches Verfahren	590
f) Pauschgebühr für den Pflichtverteidiger	598
g) Pauschgebühr auch für Wahlverteidiger	601
h) Berufung/Revision	602
i) Zusätzliche Gebühren	602
3. Einzeltätigkeiten	608
a) Allgemeines	608
b) Anfertigung oder Unterzeichnung einer Schrift	608
c) Privatklageschrift, Berufungsbegründung, Berufungsbeantwortung u.a.	608
d) Strafantrag, Strafanzeige, Einlegung eines Rechtsmittels, u.a.	609
e) Gnadensache	609
f) Kontaktperson nach § 34a EGGVG	609
4. Angemessenheit der Strafverteidigervergütung	610
II. Bußgeldverfahren	610
1. Allgemeines	610
2. Verfahrensgebühr	611
3. Terminsgebühr	611
4. Höhe der Geldbuße	612
5. Grundgebühr	612
6. Abgrenzung Bußgeldverfahren zum Strafverfahren	613
7. Verfahren vor der Verwaltungsbehörde	613
8. Bußgeldverfahren vor dem Amtsgericht	614
9. Keine Erhöhung bei Fahrverbot oder Entziehung der Fahrerlaubnis mehr	615
10. Verfahren über die Rechtsbeschwerde	615
11. Zusätzliche Gebühren	616
12. Einzeltätigkeiten in Bußgeldsachen	617

13. Kapitel

Gebühren in der Zwangsvollstreckung

I. Allgemeines	619
II. Rechtsanwaltliche Tätigkeiten im Bereich der Vollstreckung	619
III. Gegenstandswert in Zwangsvollstreckungssachen	620
IV. Gebühren in Zwangsvollstreckungssachen	621
V. Angelegenheitsbegriff in der Zwangsvollstreckung	621
1. Besondere Angelegenheiten	621
2. Keine besonderen Angelegenheiten	622
VI. Erhöhung für die Vertretung pro weiterem Auftraggeber	623
VII. Mehrere Schuldner = mehrere Gebühren!	624
VIII. Androhung von Vollstreckungsmaßnahmen	625
IX. Kosten verfrühter Vollstreckungsmaßnahmen sind nicht erstattungsfähig	626
1. Grundsätzliches	626
2. Unbedingt Wartefrist einhalten	626
3. Gläubigerfreundliche Einzelfälle zur Frage der Erstattungsfähigkeit bei verfrühtem Tätigwerden	627
a) Gläubiger weiß nichts von Erfüllung vor Einleitung der Vollstreckung ...	627
b) Verfrühtes Androhen der Vollstreckung führt nicht zur Versagung der Kostenerstattung, wenn spätere Entwicklung eine Notwendigkeit ergibt ...	628
c) Zahlung durch den Schuldner und Fertigung eines Vollstreckungsauftrages lassen Kosten hierfür als erstattungsfähig nicht entfallen	629
d) Androhung der Vollstreckung 3 Tage nach Rechtskraft, Zahlung erst nach 17 Tagen	629
e) Keine verfrühte Vollstreckung bei Nichtzahlung innerhalb gesetzter Frist wenn Vollstreckungsauftrag und Bürgschaft gleichzeitig zugestellt werden ..	630
X. Ratenzahlungsvereinbarungen	630
1. Allgemeines	630
2. Höhe der Einigungsgebühr	630
XI. Vollstreckungsähnliche Tätigkeiten	631
1. Vollstreckbarerklärung eines Anwaltsvergleichs	631
2. Vorläufige Einstellung, Beschränkung oder Aufhebung der Zwangsvollstreckung	632
3. Erbringung einer Sicherheitsleistung durch Hinterlegung von Geld, Wertpapieren oder Bankbürgschaft als gesonderte gebührenrechtliche Angelegenheit	632
4. Anschriftenermittlung während eines Vollstreckungsverfahrens	634
5. Vollziehung einer Unterlassungsverfügung durch Zustellung	634
6. Einzelrechtsprechung zur Erstattungsfähigkeit von Vollstreckungskosten	635

14. Kapitel Gebühren in der Zwangsversteigerung

I. Mögliche Beteiligte im Zwangsversteigerungsverfahren	637
II. Gegenstandswert in Zwangsversteigerungsverfahren	638
III. Gebühren im Zwangsversteigerungsverfahren	638
1. Verfahrensgebühr	638
2. Terminsgebühr	640
3. Rechtsanwalt vertritt Bietinteressenten, der nicht Beteiligter ist	640
IV. Auf die Möglichkeiten zusätzlicher Gebühren sollte geachtet werden	640
1. 0,5 Verfahrensgebühr im Beschwerdeverfahren	641
2. Vollstreckungsmaßnahmen neben Zwangsversteigerung lösen gesonderte Gebühren aus	641
3. Hebegebühren steigern Umsatz in der Zwangsversteigerung	641
4. Gebühren bei Aufgebotsverfahren	641

15. Kapitel Gebühren in der Zwangsverwaltung

I. Gegenstandswert in der Zwangsverwaltung	643
II. Gebühren im Zwangsverwaltungsverfahren	643

16. Kapitel Insolvenzverfahren

I. Gebühren im Insolvenzverfahren	645
1. Allgemeines	645
2. Gegenstandswert	645
3. Eröffnungsverfahren	645
4. Außergerichtliche Schuldenbereinigung	646
5. Verfahren über den Schuldenbereinigungsplan	649
6. Insolvenzverfahren	650
7. Verfahren über einen Insolvenzplan	651
8. Anmeldung einer Insolvenzforderung	652
9. Verfahren über einen Antrag auf Versagung oder Widerruf der Restschuldbefreiung	653
10. Vertretung mehrerer Gläubiger	655
11. Feststellungsklage gegen den Insolvenzverwalter	656
12. Vollstreckung aus dem Tabellenauszug	656
13. Außergerichtliche Einigung mit den Gläubigern über die Schuldenbereinigung auf der Grundlage eines Plans – Beratungshilfe	657
II. Kostenerstattung	658
III. Verfahrenskostenhilfe	659

17. Kapitel Arbeitsgerichtssachen

I. Kostentragungspflicht gemäß § 12a Abs. 1 S. 2 ArbGG	663
II. Richterliche Hinweispflicht auf Möglichkeit der PKH	664
III. Gebühren im außergerichtlichen Verfahren	665
1. Beratung und Vertretung im außergerichtlichen Verfahren	665
2. Schlichtungsverfahren	665
3. Prozessauftrag oder außergerichtlicher Auftrag?	666
IV. Gebühren im gerichtlichen Verfahren	666
1. Allgemeines	666
2. Gebühren	667
a) Verfahrens- und Terminsgebühr	667
b) Einigungsgebühr	667
c) Rechtsschutzversicherung und Mehrvergleich	668
V. Arbeitsgerichtliches Mahnverfahren	669
VI. Streitwertberechnung im arbeitsgerichtlichen Verfahren	670
1. Allgemeines	670
2. Bestandsstreitigkeiten	671
3. Arbeitsrechtlicher Aufhebungsvertrag	674
4. Kündigung	674
5. Mehrere Kündigungsschutzklagen – einheitlicher Vergleich	676
6. Drittschuldnerklage	676
7. Arbeitsgerichtliche Beschlussverfahren	676
8. Weitere häufige Streitwerte	677
VII. Gerichtskosten in Arbeitsgerichtssachen	680

18. Kapitel Unfallsachen

I. Gegenstandswerte in Unfallsachen	683
1. Mehrere Gegenstände	683
2. Abgetretene Schadenspositionen	683
3. Teilzahlungen	683
4. Erledigungswert	684
5. Restwert	686
6. Widerklage	687
7. Schmerzensgeldansprüche	687
8. Geldrente wegen Tötung eines Menschen	687
9. Addition der Rechtsanwaltskosten zum Gegenstandswert?	687
II. Abrechnung in Unfallsachen	688
1. Kostenersatzanspruch	688
2. Auftrag entscheidet über Gebühr	689

3. Vorschuss	689
4. Angelegenheit und Gegenstand	690
5. Nachliquidation	690
6. Geschäftsgebühr in Unfallsachen	691
a) Zum Umfang der Angelegenheit	691
b) Tätigkeiten/Umfang in Unfallsachen	691
c) Schwierigkeit der anwaltlichen Tätigkeit	693
d) Rechtsprechung – Höhe der Geschäftsgebühr in Unfallsachen	693
7. Abwicklung über Kfz-Haftpflichtversicherungen	694
8. Hebegebühr bei Abrechnungsempfehlungen	695
9. Differenzanspruch gegen Mandanten?	695
10. Klage gegen Versicherer/reduzierter Gebührensatz/Erledigungswert	697
11. Einigungsgebühr	699
a) Allgemeines	699
b) Abrechnung oder Einigung?	699
c) Abfindungsvergleich	700
d) Klagerücknahme und Anerkenntnis	701
12. Erhöhung	702
13. Terminsgebühr	702

19. Kapitel

RVG im gewerblichen Rechtsschutz

I. Wertberechnung	703
1. Wertvorschriften	703
2. Kriterien für die Bewertung	703
3. Wert eines Bestrafungsverfahrens	705
4. Streitwert-Einzelfallentscheidungen bei Unterlassungsansprüchen	705
5. Gegendarstellungsanspruch	707
6. Auskunftsanspruch	707
7. Widerruf	707
8. Eine oder mehrere Angelegenheiten bei mehreren Abmahnungen?	707
9. Streitwertbegünstigung in bestimmten Fällen	708
II. Abrechnung im gewerblichen Rechtsschutz	709
1. Kostenerstattungsanspruch für die Abmahnung	709
2. Kosten der Abmahnung	710
3. Einstweilige Verfügung durch Beschluss	712
4. Zur Verfahrensgebühr	713
5. Terminsgebühr im e.V.-Verfahren	713
6. Erhöhung für mehrere Auftraggeber	714
7. Abschlussschreiben	715
8. Gebührenanspruch für das Hauptsacheverfahren	716
9. Widerspruch gegen eine einstweilige Verfügung	716
10. Zwangsvollstreckung/Vollziehung/Kostenfestsetzung	717
11. Kostenwiderspruch	718
12. Schutzschrift	718

13. Gerichtskosten im einstweiligen Verfügungsverfahren	720
14. Übersicht – Patentstreitigkeiten	721
a) Patentverletzungsverfahren	721
b) Nichtigkeitsklage beim BPatG	722
III. Erstattungsfähigkeit von Patentanwaltskosten	723
1. PA-Gebühren in Berufungsverfahren vor dem BGH	724
2. Doppelvertretung im Nichtigkeitsverfahren erlaubt?	724
3. PA-Gebühren in BGH-Rechtsbeschwerdeverfahren	726
4. Kosten eines ausländischen Patentanwalts	727
5. Patentanwaltskosten – Übergangsregelungen	727
IV. Patentanwaltskosten in Wettbewerbssachen	727
V. Patent- und Rechtsanwalt in einer Person?	728

20. Kapitel

Abrechnung im privaten Baurecht

I. Streitwerte in Angelegenheiten des privaten Baurechts	729
1. Allgemeines	729
2. Klage und Widerklage, Hilfsanspruch, hilfsweise Aufrechnung	729
3. Streitwert bei Bauvorbescheid	730
4. Bauhandwerkersicherungshypothek	731
5. Streitwert des selbstständigen Beweisverfahrens	731
II. Streitwertkatalog für verwaltungsrechtliche Angelegenheiten	732
III. Abrechnung des Verwaltungsverfahrens	733
1. Begriff der Angelegenheiten	733
2. Anrechnung der zuletzt entstandenen Geschäftsgebühr	735
3. Erledigungsgebühr	735
4. Anrechnung der Geschäftsgebühr	736
5. Prozessabrechnung BRAGO/RVG	737
IV. Abrechnung des selbstständigen Beweisverfahrens	739
1. Gebühren nach Teil 3 VV RVG	739
2. Besondere Angelegenheit	739
3. Verfahrensgebühr	740
4. Anrechnungsvorschrift selbstständiges Beweisverfahren	740
5. Terminsgebühr für Ortstermin	743
6. Termin im selbstständigen Beweisverfahren	743
7. Terminsgebühr für die Besprechung mit dem Anwalt des Streitverkündeten ...	744
8. Keine Anrechnung der Terminsgebühr	744
9. Einigungsgebühr	745
10. Selbstständiges Beweisverfahren in der Berufungsinstanz	745
11. Gerichtskosten des selbstständigen Beweisverfahrens	745

V. Kostenerstattung im selbstständigen Beweisverfahren	746
1. Kostenerstattung	746
2. Ablehnung der Anordnung zur Klageerhebung	746
3. Folgen der Fristversäumung	746
4. Mehrere Antragsgegner	747
5. Kostenerstattung nach Klagerücknahme	747
6. Verzicht des Antragstellers	747
7. Hauptsacheerledigung	747
8. Erfüllung etwaiger Ansprüche durch den Antragsgegner	747
9. Antragsgegner ist selbst auch Antragsteller	748
10. Streitverkündung (Verfahren)	748
11. Kosten der Nebenintervention	749
12. Kostenerstattung des Streithelfers des Antragsgegners	750
13. Gegenstand des selbstständigen Beweisverfahrens und Hauptsacheverfahrens nicht identisch	751
14. Erhebung der Hauptsacheklage	751
15. Fehlende Klageerhebung wegen Vermögensverfall des Antragsgegners	751

21. Kapitel

Anwaltliches Berufsrecht und Hinweispflichten in Bezug auf die anwaltliche Vergütung

I. Fremdgeld und Anderkonto	753
1. Rechtsgrundlagen	753
2. Rechtsnatur des Anderkontos	753
3. Wie schnell muss die Weiterleitung von Fremdgeld erfolgen?	754
4. Folgen fehlender Weiterleitung	754
5. Verzinsung des Fremdgeldes	754
6. Fremdgeld – Verrechnung mit offenen Honoraren?	755
a) Grundsatz	755
b) Aufrechnung mit eigenen Honorarforderungen	755
c) Aufrechnungsverbot	755
d) Aufrechnungslage	756
e) Untreue bei Fremdgeldverrechnung – in welchen Fällen?	757
7. Weitere interessante Entscheidungen	758
a) Anderkontoführung durch Abwickler	758
b) Haftung der Sozien für deliktisches Handeln	758
c) Pflichten des Rechtsanwalts im Rahmen einer Strafkautions	758
II. Erfolgshonorar	759
III. Abtretung von Honoraransprüchen	759
IV. Haftungsbeschränkungen bei hohen Streitwerten	760
V. Verlust des Vergütungsanspruchs bei Mandatsniederlegung?	766

VI. Hinweispflichten des Rechtsanwalts	769
1. § 12a Abs. 1 ArbGG	769
2. Zur Höhe der anfallenden Vergütung	769
3. Zur Abrechnung nach dem Gegenstandswert	769
4. Beratungs- und Prozesskostenhilfeanspruch	770
5. Hinweispflichten in Vergütungsvereinbarungen	771
6. Hinweis bei PKH-Mandaten	771
VII. Geldwäschegesetz und Pflichten für Rechtsanwälte	771
1. Allgemeines	771
2. Identifizierungs- und Sorgfaltspflichten	772
3. Verstöße	774
VIII. Zurückbehaltungsrecht bei fehlender Zahlung	775
IX. Gebührenteilung	777

Anhang

Anhang 1: Streitwertkatalog für die Verwaltungsgerichtsbarkeit	779
Anhang 2: Streitwertkatalog für die Sozialgerichtsbarkeit	792
A. Vorbemerkungen	792
B. Allgemeines; Verfahrensrecht	793
C. Streitwertkatalog	796
<i>Stichwortverzeichnis</i>	813